



Bescheid

I. Spruch

1. Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) stellt im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter und audiovisuelle Mediendiensteanbieter gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 84/2022, in Verbindung mit den §§ 61 Abs. 1, 62 Abs. 1 und 66 Abs. 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 55/2022, fest, dass die VGN Digital GmbH (FN 205118w) als Anbieterin von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf die Bestimmungen gemäß § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G dadurch verletzt hat, dass sie die Änderungen in ihren Eigentumsverhältnissen durch die Übertragung sämtlicher Kommanditanteile von DDr. Horst Pirker an der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG (FN 473982h) an die I-MAG Beteiligungs GmbH (FN 473852t) mit Einbringungsvertrag vom 24.09.2021 sowie das Erlöschen der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG und die Gesamtrechtnachfolge der I-MAG Beteiligungs GmbH nach der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG im Wege der Anwachsung gemäß § 142 UGB am 23.10.2021 nicht bis zum 31.12.2021 der Regulierungsbehörde bekanntgegeben hat und insoweit für das Jahr 2021 keine vollständige Aktualisierung der in § 9 Abs. 2 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G genannten Daten an die KommAustria erfolgt ist.
2. Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G wird festgestellt, dass es sich bei der Rechtsverletzung gemäß Spruchpunkt 1. um keine schwerwiegende Verletzung des AMD-G handelt.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 24.02.2022 leitete die KommAustria ein Rechtsverletzungsverfahren wegen des Verdachts der nicht erfolgten Aktualisierung der Eigentumsverhältnisse gegen die Mediendiensteanbieterin VGN Digital GmbH für das Jahr 2021 ein und forderte die VGN Digital GmbH zur Vorlage von Unterlagen auf.

Mit Schreiben vom 10.03.2022 nahm der mit der Durchführung der gegenständlichen Eigentumsänderung beauftragte Notar unter Bezugnahme auf das Aufforderungsschreiben der KommAustria vom 24.02.2022 Stellung, übermittelte die geforderten Unterlagen und führte im Wesentlichen aus, mit am 24.09.2021 errichteten notariellen Einbringungsvertrag habe DDr. Horst Pirker seine gesamten Mitunternehmer-(Kommandit-)Anteil an der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG in die I-MAG Beteiligungs GmbH eingebbracht, wobei die I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG nach Durchführung der Mitunternehmeranteilseinbringung im Firmenbuch zufolge Vereinigung aller

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Mariahilfer Straße 77–79
1060 WIEN, ÖSTERREICH
www.rtr.at E: rtr@rtr.at
T: +43 1 58058-0
F: +43 1 58058-9191



Anteile in der Hand der übernehmenden I-MAG Beteiligungs GmbH unter Verzicht auf ein Liquidation erloschen sei; das Gesellschaftsvermögen der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge im Sinne der Bestimmungen des § 142 UGB auf die übernehmende Gesellschaft, die I-MAG Beteiligungs GmbH übergegangen ist; die Löschung der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG am 04.11.2021 im Firmenbuch eingetragen worden sei und bei der I-MAG Beteiligung GmbH die Übernahme des Vermögens der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG (FN 473982 h) gemäß § 142 UGB am 23.10.2021 in Firmenbuch eingetragen wurde. Es werde festgehalten, dass die Gesamtrechtsnachfolge der I-MAG Beteiligungs GmbH nach der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG durch Eintragung der Übernahme des Vermögens gemäß § 142 UGB am 23.10.2021 eingetreten sei.

Eine Stellungnahme der VGN Digital GmbH selbst langte nicht ein.

2. Sachverhalt

Auf Grund des durchgeföhrten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Die VGN Digital GmbH ist seit 01.06.2012 als Anbieterin von mehreren audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf bei der KommAustria registriert. Sie steht im Alleineigentum der VGN Medien Holding GmbH (FN 183971x), deren Gesellschafter die Verlagsgruppe NEWS Beteiligungsgesellschaft m.b.H. & Co KG (FN 025493s, Gesellschaftsanteil 74,7 %) und die NEWS Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (FN 87820 y, Gesellschaftsanteil 25,3 %) sind. Die NEWS Beteiligungsgesellschaft m.b.H. ist Komplementärin der Verlagsgruppe NEWS Beteiligungsgesellschaft m.b.H. & Co KG. Gesellschafter der NEWS Beteiligungsgesellschaft m.b.H. waren nach den letzten Bekanntgaben der VGN Digital GmbH die I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG (FN 473982h, 74 %), die Medienprojekte und Beteiligung Gesellschaft m.b.H. (FN 181367t, 24,9 %) und Mag. Irene Fellner (0,1 %), welche zu gleichen Anteilen auch Kommanditisten der Verlagsgruppe NEWS Beteiligungsgesellschaft m.b.H. & Co KG waren. Komplementärin der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG war die I-MAG Beteiligungs GmbH (FN 473852t), Kommanditist der österreichische Staatsbürger DDr. Horst Pirker. Alleineigentümer der I-MAG Beteiligungs GmbH ist ebenfalls DDr. Horst Pirker.

Mit am 24.09.2021 errichteten notariellen Einbringungsvertrag hat DDr. Gerhard Pirker seine gesamten Kommanditanteile an der I-MAG Beteiligungs GmbH& Co KG in die I-MAG Beteiligungs GmbH eingebracht. Dadurch erlosch gemäß § 142 UGB die I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG und es ging ihr Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge an die I-MAG Beteiligungs GmbH über. Mit Eingabe vom selben Tag wurde die Eintragung der Änderungen ins Firmenbuch beantragt und am 23.10.2021 wurde die Gesamtrechtsnachfolge ins Firmenbuch eingetragen.

Diese Änderungen der Eigentumsverhältnisse wurden seitens der VGN Digital GmbH der KommAustria nicht bis zum 31.12.2021 im Zuge der für das Jahr 2021 vorgenommenen Aktualisierungen bekanntgegeben.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen hinsichtlich der von der VGN Digital GmbH angebotenen und angezeigten audiovisuellen Mediendienste ergeben sich aus den diesbezüglichen Akten der KommAustria.



Die Feststellungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse der VGN Digital GmbH sowie deren Änderungen ergeben sich aus den Akten der KommAustria, dem offenen Firmenbuch und dem Schreiben vom 10.03.2022 des mit der Durchführung der gegenständlichen Eigentumsänderung beauftragten Notars samt den vorgelegten Unterlagen.

Die Feststellung, dass die VGN Digital GmbH die gegenständlichen Eigentumsänderungen der KommAustria nicht bis zum 31.12.2021 angezeigt hat, ergibt sich aus den Akten der KommAustria und wurde seitens der VGN Digital GmbH nicht bestritten.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KOG obliegt der KommAustria unter anderem die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über Mediendiensteanbieter nach den Bestimmungen des AMD-G.

Gemäß § 66 Abs. 1 AMD-G ist Regulierungsbehörde im Sinne dieses Bundesgesetzes die gemäß § 1 KOG eingerichtete KommAustria. Die KommAustria entscheidet über Verletzungen von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gemäß § 61 Abs. 1 AMD-G von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden. Die Entscheidung besteht gemäß § 62 Abs. 1 AMD-G in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung dieses Bundesgesetzes verletzt worden ist.

4.2. Verletzung von § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 AMD-G (Spruchpunkt 1.)

§ 9 AMD-G lautet auszugsweise (Unterstreichungen hinzugefügt):

„Anzeigepflichtige Dienste

§ 9. [...]

(2) Die Anzeige hat neben Namen, Adresse und allfälligen Vertretern und Zustellungsbevollmächtigten des Mediendiensteanbieters Nachweise über die Erfüllung der Anforderungen der §§ 10 und 11 zu enthalten. Weiters sind Nachweise über die für die Bestimmung der Rechtshoheit relevanten Tatsachen (Niederlassung) vorzulegen. Darüber hinaus hat die Anzeige zu enthalten:

- 1. im Falle eines Fernsehprogramms Angaben über die Programmgattung, das Programmschema, den Anteil der Eigenproduktionen und darüber, ob es sich um ein Voll-, Sparten-, Fenster- oder Rahmenprogramm handelt sowie überdies die maximale Programmdauer, bei Fensterprogrammen deren Anzahl und zeitlicher Umfang;*
- 2. im Falle eines audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf Angaben über den Programmatalog, insbesondere den Umfang und die angebotenen Sparten und Sendungen;*
- 3. Angaben über den Verbreitungsweg und die Verfügbarkeit (Versorgungsgrad) des audiovisuellen Mediendienstes.*

[...]



(4) Die Mediendiensteanbieter haben die in Abs. 2 genannten Daten jährlich zu aktualisieren und bis 31. Dezember eines jeden Jahres der Regulierungsbehörde zu übermitteln.

[...]"

§ 10 AMD-G lautet auszugsweise:

„Mediendiensteanbieter

§ 10. [...]

(7) Der Mediendiensteanbieter hat der Regulierungsbehörde die zum Zeitpunkt der Antragstellung für eine Zulassung oder einer Anzeige bestehenden Eigentums- oder Mitgliederverhältnisse gemeinsam mit dem Antrag oder der Anzeige mitzuteilen. Stehen Anteile am Mediendiensteanbieter im direkten oder indirekten Eigentum von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder Genossenschaften, so sind auch deren Eigentumsverhältnisse bekannt zu geben, Treuhandverhältnisse sind offenzulegen. Der Mediendiensteanbieter hat der Regulierungsbehörde jedenfalls jährlich bis zum 31. Dezember jedes Jahres die hinsichtlich der direkten und indirekten Eigentumsverhältnisse, Adresse und Vertretungsbefugnis aktualisierten Daten zu übermitteln. Änderungen der Eigentums- oder Mitgliederverhältnisse gegenüber dem Zeitpunkt der Zulassung oder der Anzeige sind der Regulierungsbehörde, vorausgesetzt die Änderung könnte zu einer geänderten Beurteilung der Übereinstimmung mit den Anforderungen nach § 10 oder § 11 oder für die Beurteilung der Feststellung über die Niederlassung nach § 3 führen, vom Mediendiensteanbieter binnen vier Wochen ab Rechtswirksamkeit der Änderung zu melden; hat der Mediendiensteanbieter Zweifel, ob die im vorstehenden Satz genannte Voraussetzung vorliegt und Grund zur Annahme, dass eine Aktualisierung erst zum Ende des Jahres daher allenfalls verspätet sein könnte, so kann er bis spätestens vier Wochen nach Rechtswirksamkeit der Änderung von der Regulierungsbehörde eine Feststellung darüber verlangen, ob eine derartige wesentliche Änderung vorliegt. [...]"

Die Gesetzesmaterialien zur Novelle BGBl. I Nr. 150/2020 (462 dB XXVII. GP, 7) halten im Zusammenhang mit der Novellierung der §§ 9 und 10 AMD-G, worin auch die Aktualisierungsverpflichtung verankert ist, Folgendes fest:

„[...]

Die weiteren diesbezüglichen Ergänzungen konkretisieren die innerstaatliche Rechtslage im Hinblick auf die Verpflichtungen nach Art. 2 Abs. 5a der Richtlinie (Mitteilung von Änderungen) und Abs. 5b (Erstellung einer Liste). Dem Grunde nach entspricht schon die geltende österreichische Rechtslage seit der Novelle des Jahres 2010 den erst 2018 auf EU-Ebene eingeführten Anforderungen. Die Regelung in § 10 Abs. 7 dient seit ihrer Einführung im Jahr 2010 (wie ihre Vorgängerregelung in § 10 Abs. 6 PrTV-G, BGBl. I Nr. 84/2001) dem Zweck, die Regulierungsbehörde in die Lage zu versetzen, ihre Aufgabe als Rechtsaufsicht im Hinblick auf die Vorgaben der §§ 10 und 11 erfüllen zu können. Die Änderung in § 10 Abs. 7 soll einerseits die Anzahl der Meldeverpflichtungen für die Mediendiensteanbieter und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand für die Behörde verringern. Um die Beurteilung, ob eine Änderung der Voraussetzungen nach §§ 10f AMD-G vorliegt, nicht dem Mediendiensteanbieter allein zu überlassen und diesen nicht in Zweifelsfällen bei falscher Beurteilung mit dem Risiko einer verspäteten Meldung zu belasten, kann der Anbieter einen Feststellungsbescheid verlangen. Ansonsten genügt im Sinne einer jährlichen Aktualisierung eine Bekanntgabe bis zum 31. Dezember jedes Jahres (§ 9 Abs. 4). Das vorgesehene System verringert



den administrativen Aufwand, trägt aber dennoch im Sinne der Transparenz dafür Sorge, dass Änderungen der Regulierungsbehörde lückenlos bekanntgegeben werden.“

Gemäß § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 AMD-G haben Mediendiensteanbieter die in § 9 Abs. 2 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G genannten Daten jährlich zu aktualisieren und der Regulierungsbehörde bis 31. Dezember eines jeden Jahres zu übermitteln. Gemäß § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G umfasst die Aktualisierungsverpflichtung auch die Verpflichtung zur Übermittlung der hinsichtlich der direkten und indirekten Eigentumsverhältnisse, Adresse und Vertretungsbefugnis aktualisierten Daten.

Zweck der Bestimmungen des § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 AMD-G ist es, sicherzustellen, dass die zuständige Regulierungsbehörde ohne langwierige und umfangreiche Erhebungen in die Lage versetzt wird, ein aktuelles Verzeichnis der Mediendiensteanbieter führen und ihre Aufgabe als Rechtsaufsicht im Hinblick auf die Vorgaben der §§ 10 und 11 AMD-G erfüllen zu können. Vor diesem Hintergrund soll durch die jährliche Aktualisierungsverpflichtung gewährleistet werden, dass die Regulierungsbehörde zum Stichtag 31. Dezember eines jeden Jahres über die vollständig aktualisierten und korrekten Daten gemäß § 9 Abs. 2 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G verfügt.

Ist keine (vollständige) Aktualisierung und Übermittlung bis 31. Dezember erfolgt, hat die KommAustria ein Verfahren zur Feststellung einer Rechtsverletzung zu führen. Es besteht kein Ermessen, von der Einleitung eines Rechtsverletzungsverfahrens Abstand zu nehmen. Es ist insoweit auch unerheblich, aus welchen subjektiven, der Sphäre des Mediendiensteanbieters zuzurechnenden Gründen keine Aktualisierung erfolgt ist oder ob zu einem späteren Zeitpunkt eine Aktualisierung erfolgt ist. Abzustellen ist ausschließlich auf die Frage des objektiven Vorliegens eines Verstoßes. Fragen einer „subjektiven Tatseite“, insbesondere hinsichtlich eines allfälligen Verschuldens, sind im Rahmen des Rechtsverletzungsverfahrens nicht von Relevanz.

Das gegenständliche Ermittlungsverfahren hat ergeben, dass im Jahr 2021 Änderungen der mittelbaren Eigentumsverhältnisse der VGN Digital GmbH, nämlich die Übertragung sämtlicher Kommanditanteile von DDr. Horst Pirker an der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG (FN 473982h) an die I-MAG Beteiligungs GmbH (FN 473852t) durch den Einbringungsvertrag vom 24.09.2021 sowie das Erlöschen der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG und die Gesamtrechnung nach der I-MAG Beteiligungs GmbH nach der I-MAG Beteiligungs GmbH & Co KG im Wege der Anwachsung gemäß § 142 UGB, stattgefunden haben. Diese Änderungen wurden aufgrund eines diesbezüglichen Antrages vom 24.09.2021 am 23.10.2021 im Firmenbuch eingetragen.

Bei den gegenständlichen Änderungen der Eigentumsverhältnisse handelt es sich um keine Änderungen, die zu einer geänderten Beurteilung der Übereinstimmung mit den Anforderungen nach § 10 oder § 11 AMD-G oder für die Beurteilung der Feststellung über die Niederlassung nach § 3 AMD-G führen könnten, da durch die gegenständlichen Vorgänge lediglich eine Beteiligungsebene weggefallen ist, ohne dass sich bei den Letzteinigern der VGN Digital GmbH etwas geändert hätte. Vor diesem Hintergrund fand auf die gegenständlichen Eigentumsänderungen die verkürzte Anzeigefrist von vier Wochen ab Rechtswirksamkeit der Änderung gemäß § 10 Abs. 7 4. Satz AMD-G keine Anwendung.

Die VGN Digital wäre allerdings verpflichtet gewesen, die durch die genannten Änderungen in der Beteiligungsstruktur geänderten Eigentumsverhältnisse der KommAustria bis zum 31.12.2021 im Zuge der für das Jahr 2021 vorgenommenen Aktualisierungen der Daten gemäß § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMDG bekanntzugeben.



Da eine Bekanntgabe dieser Änderungen der Eigentumsverhältnisse bis zum 31.12.2021 im Zuge der für das Jahr 2021 vorgenommenen Aktualisierungen nicht erfolgt ist, war eine Verletzung der Aktualisierungsverpflichtung gemäß § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G festzustellen (Spruchpunkt 1.).

4.3. Ausspruch gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G (Spruchpunkt 2.)

Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G hat die Regulierungsbehörde in ihren Bescheid im Falle der Feststellung einer Rechtsverletzung einen Ausspruch aufzunehmen, ob es sich um eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieses Bundesgesetzes handelt. Jedenfalls als schwere Rechtsverletzungen anzusehen sind Verstöße gegen § 30 Abs. 2 AMD-G (Aufreizen zu Hass) sowie § 39 Abs. 2 3. Satz AMD-G (ernsthafte Beeinträchtigung der Entwicklung von Minderjährigen, ehemals § 39 Abs. 1 und § 42 Abs. 1 AMD-G, idF BGBl. I Nr. 86/2015), (vgl. *Kogler/Traimer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, 618).

§ 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 AMD-G sehen vor, dass Mediendiensteanbieter die im Zuge der Anzeige übermittelten Daten gemäß § 9 Abs. 2 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G jährlich aktualisieren und der Regulierungsbehörde bis 31. Dezember eines jeden Jahres übermitteln müssen. Die Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen für das Anbieten eines audiovisuellen Mediendienstes ist dabei bereits im Zuge der Prüfung der Anzeige gemäß § 9 AMD-G erfolgt. Zweck der Bestimmungen des § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 AMD-G ist es nunmehr, sicherzustellen, dass die zuständige Regulierungsbehörde ohne langwierige und umfangreiche Erhebungen in die Lage versetzt wird, ein aktuelles Verzeichnis der Mediendiensteanbieter führen und ihre Aufgabe als Rechtsaufsicht im Hinblick auf die Vorgaben der §§ 10 und 11 AMD-G erfüllen zu können. Das System der Aktualisierung soll dabei den administrativen Aufwand verringern, im Sinne der Transparenz aber dafür Sorge zu tragen, dass Änderungen der Regulierungsbehörde lückenlos bekanntgegeben werden.

Die KommAustria geht davon aus, dass im Rahmen der Beurteilung, ob es sich um schwerwiegende Rechtsverletzungen iSd § 62 Abs. 4 AMD-G handelt, jeweils eine Einzelfallbetrachtung vorzunehmen ist (vgl. in diesem Sinne BKS 09.03.2009, 611.192/0001-BKS/2009). Darüber hinaus soll die Möglichkeit eines Ausspruchs einer schwerwiegenden Verletzung im Hinblick auf die entsprechenden Folgen (Verfahren zum Entzug und zur Untersagung) auch dazu dienen, andauernde, besonders krasse Rechtsverletzungen möglichst schnell und wirksam zu unterbinden.

Im Vergleich mit den jedenfalls als schwere Rechtsverletzung zu beurteilenden Verstößen gegen § 30 Abs. 2 AMD-G (Aufreizen zu Hass) sowie § 39 Abs. 2 3. Satz AMD-G (ernsthafte Beeinträchtigung der Entwicklung von Minderjährigen) weisen die Rechtsverletzungen im gegenständlichen Einzelfall einen Tatunwert auf, der gegenüber dem der genannten schweren Verletzungen zurückbleibt. Das Verfahren zum Entzug einer Zulassung bzw. der Untersagung des audiovisuellen Mediendienstes dient zudem dazu, der Regulierungsbehörde eine Handhabe zu bieten, eine andauernde Rechtsverletzung schnell zu unterbinden. Die bezughabende Rechtsverletzung liegt jedoch in der Vergangenheit; auch aus diesem Gesichtspunkt heraus besteht keine Erforderlichkeit, eine schwerwiegende Rechtsverletzung festzustellen.

Darüber hinaus ist bei den gegenständlichen Änderungen in den Eigentumsverhältnissen lediglich eine Beteiligungsebene weggefallen, ohne dass sich bei den Letzteigentümern der VGN Digital GmbH etwas geändert hätte. Am Vorliegen der Voraussetzungen gemäß den §§ 3, 10 und 11 AMD-G war durch die durchgeführten Änderungen nicht zu zweifeln.



Insgesamt geht die KommAustria daher davon aus, dass es sich bei der vorliegenden Verletzung der Aktualisierungspflichten gemäß § 9 Abs. 4 und § 10 Abs. 7 3. Satz AMD-G um keine schwerwiegende Rechtsverletzung handelt (Spruchpunkt 2.).

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT83010000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 1.960/22-202“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 22. Dezember 2022

Kommunikationsbehörde Austria

Dr. Martina Hohensinn
(Mitglied)